



<https://biz.li/2ko7>

ÜBERLASTETER SCHÜLERVERKEHR: LANDESREGIERUNG STELLT 30 MILLIONEN EURO ZUR VERFÜGUNG

Veröffentlicht am 12.11.2020 um 17:59 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die SPD-geführte Landesregierung stellt 30 Millionen

Euro für einen besseren Infektionsschutz im Schülerverkehr zur Verfügung. Davon werden auch die Kommunen im Altkreis Burgdorf profitieren, wie die Sehdorfer SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann mitteilte. "Wir möchten, dass sich die Situation im Schülerverkehr entspannt. Ich kann die Sorgen der Eltern gut verstehen", sagt Lesemann. Gerade zu Stoßzeiten sei das Schüleraufkommen in Bussen oder Bahnen in vielen Orten des Landes zu hoch. Mit dem zur Verfügung gestellten Geld soll mehr Platz in Bussen und Bahnen und bessere Hygienebedingungen geschaffen werden. Dies soll durch den Einsatz von mehr Fahrzeugen gesichert werden. "Um den Infektionsschutz zu gewährleisten und eine Ansteckung mit dem Coronavirus zu vermeiden, müssen die Schülerverkehre entzerrt werden und überfüllte Busse im Winter der Vergangenheit angehören", betont Lesemann. Die Landesregierung wird die 30 Millionen Euro aus dem COVID-19-Sondervermögen nehmen. Diese Summe werde den Kommunen in ihrer Funktion als Aufgabenträger für den Personenverkehr zusätzlich zur Verfügung gestellt. "Die Mittel sollen den Kommunen schnell und unbürokratisch durch den Verkehrsminister zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der beginnenden kalten Jahreszeit drängt jetzt die Zeit. Kommunen müssen schnell in die finanzielle Lage versetzt werden, Schülerverkehre zu entzerren", so Lesemann. Wenn die Kapazitäten bei den Verkehrsunternehmen nicht ausreichen, seien der Einsatz von freien Kapazitäten der Bustouristikbranche oder die Herstellung eines landesweiten Bus-Pools eine mögliche Alternative. Um Mindestabstände auch in Fahrzeugen des ÖPNV sicherzustellen, müssten die Platz- und Beförderungskapazitäten erhöht werden. "Wir wollen unsere Kommunen dabei unterstützen, dass sie zusätzliche Fahrzeuge oder weitere Fahrzeugumläufe anbieten können", sagt Lesemann. Auch Bernward Schlossarek, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion Region Hannover, ist über die Maßnahme erfreut: "Den Vorstoß des Landes, den Kommunen bei der Schülerbeförderung in Coronazeiten zu helfen, begrüßen wir sehr. Schon lange beobachten wir die angespannte Situation in den vollen Bussen und Bahnen vor und nach der Schule. Die Fahrzeuge sind so ausgelastet, dass Abstand halten nicht möglich ist. In der Schule getrennt und im Schülerverkehr gedrängt, ist die traurige Erkenntnis der letzten Wochen. Der Handlungsbedarf ist groß, deshalb ist die Initiative richtig. Wir fordern nun üstra und Regiobus auf, die Pläne für zusätzliche Busse zu konkretisieren, damit wir auch von der Landesförderung profitieren können. Wir haben als Träger des ÖPNV eine besondere Verantwortung", erklärt er.